

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Band: 58 (2003)
Heft: 1

Artikel: Bauer gegen Bauern
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die SP Schweiz im Juni 2001 an ihrem Parteitag ein Positionspapier dazu verabschiedet. Dies gilt nun als Leitfaden für die massgeblichen Kräfte in der SP.

Direktzahlungen als verdienter Lohn

Die SP setzt sich für ökologisch produzierende Bauernbetriebe ein, denen ihre gemeinwirtschaftlichen Leistungen durch Direktzahlungen abgegolten werden sollen. Direktzahlungen werden von der SP nicht nur zur Einkommenssicherung oder als Strukturhaltungsmassnahme verstanden. Sie sollen verdienter Lohn sein für Leistungen, welche im Interesse der Gesellschaft erbracht werden, wie Gestaltung der Kulturlandschaft, Erhalt der natürlichen Ressourcen und artgerechte Tierhaltung. Bauernfamilien, die mit Überzeugung diese Leistungen erbringen, können mit gutem Gewissen ihre Direktzahlungen entgegennehmen.

Chancen selber wahrnehmen

Auf der andern Seite erwartet die SP aber, dass die Bauernfamilien selber ihre Chancen am Markt als Unternehmer wahrnehmen. Da möchte sie möglichst auf staatliche Eingriffe verzichten. Einzig als Anreiz zum Aufbau regionaler Märkte wer-

den hier staatliche Mittel als gerechtfertigt angesehen. Gelder, die heute zur Unterstützung der Produktion und des Absatzes ausbezahlt werden, möchte die SP lieber als ökologische Direktzahlungen einsetzen.

Der Strukturwandel stösst längst an Grenzen

Mit seinen Vorstellungen bezüglich anzustrebender Anzahl und Grösse der Betriebe liegt Peter Bodenmann völlig neben der definierten SP-Politik. Die SP achtet nicht die Grösse eines Betriebes als massgebendes Kriterium, sondern die Innovationsfähigkeit und die Erfüllung des dreiteiligen Verfassungsauftrages: Produktion gesunder Nahrungsmittel, Gestaltung der Kulturlandschaft und die dezentrale Besiedlung. Besonders im Berggebiet stösst der Strukturwandel längst an Grenzen. Die Arbeitsbelastung vieler Bergbauernfamilien ist schon heute extrem hoch und Rationalisierungen sind aufgrund der Topografie nur sehr beschränkt machbar. Wenn die Gesellschaft will, dass unsere Bergtäler weiterhin bewohnt bleiben, dann muss sie dafür auch bezahlen. Dazu das SP-Positionspapier: «Es macht keinen Sinn, wenn sich Menschen in Randregionen unter wirtschaftlichem Druck in wirtschaftlichen Ballungszentren niederlassen. Eine Entsiedlung von Regionen

darf nicht in Kauf genommen werden.» Insbesondere wenn sie dort dann keine Arbeit finden, kommen sie den Staat schlussendlich teurer zu stehen, rechnet die SP vor.

Hohe Preise haben ‚schweizerische‘ Gründe

Was die oft angeprangerten im internationalen Vergleich teuren Nahrungsmittelpreise betrifft, hält die SP in ihrem Papier unmissverständlich fest, dass diese auch ihre spezifisch «schweizerischen» Gründe haben. Einerseits ist beim Vergleich die Kaufkraft zu beachten, andererseits das hohe Kostenumfeld und die höheren Auflagen betreffend Tierschutz und Umwelt. Gerade linke Kreise sind oft bereit, sofern finanziell in der Lage, höhere Nahrungsmittelpreise zu bezahlen, wenn diese ökologisch produziert und qualitativ einwandfrei sind.

Wo die SP aber nicht Hand bietet, das ist bei der von der SVP geforderten Privilegienwirtschaft, wie der Befreiung der Produktionsmittel von der Mehrwertsteuer und der landwirtschaftlichen Transporte von der LSVA oder anderer steuerlicher Begünstigungen. Solche Massnahmen würden falsche Anreize schaffen und wären ungerecht. Dies würde die Solidarität der übrigen Bevölkerung untergraben.

Konsequente Ökologisierung eröffnet Marktchancen

Die SP Schweiz ist überzeugt, dass eine konsequente Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion mit einer kunden- und qualitätsorientierten Profilierung den Schweizerbauern echte Marktchancen eröffnet. Zusammen mit den Direktzahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen sollten so die Bauernfamilien auch in Zukunft eine sichere Existenz finden, sofern sie bereit sind, sich immer wieder den Herausforderungen zu stellen.

Als Bio-Bergbauer und SP-Politiker kann ich mich sehr gut mit der SP-Agrarpolitik gemäss gültigem Positionspapier identifizieren. Dieses Papier kann aber nicht verhindern, dass sich gelegentlich SP-Exponenten zu «unsensiblen» Äusserungen hinreissen lassen, die eher damit zu tun haben, dass sich die Bauernpolitiker in fast allen andern Politikbereichen gerne gegen die SP-Anliegen stellen und oft – wenn es nicht im Eigeninteresse liegt – eine unsolidarische Haltung einnehmen. Davon kann ich auch aus dem Grossrat ein Lied singen...

*Emil von Allmen, Gimmelwald
Bio-Bergbauer und SP-Grossrat*

Bauer gegen Bauern

«Auch Subventionen für die Landwirtschaft kann man senken. Zum Beispiel geben wir 440 Millionen für biologische Produkte aus, damit sie der Konsument nicht voll bezahlen muss. Das kann man ruhig überprüfen.»

Hermann Weyeneth, Landwirt und Präsident SVP Kanton Bern in einem Interview im ‚Bund‘

Sr. Wer hat da gesagt, die Biobauern seien Spalter der Land-

wirtschaft? Grundsätzlich kann man sich durchaus fragen, wer von den Agrarsubventionen am meisten profitiert, die Konsument/innen, die Verarbeiter oder die Bauernfamilien. Aber das gilt für alle inländischen Agrarprodukte. Somit besteht überhaupt kein Grund, die Biobauern speziell ins Visier zu nehmen. Denn sie sind die Schrittmacher der von allen bäuerlichen Meinungsbildnern immer wieder

herausgestrichenen Ökologisierung der Landwirtschaft.

Wenn nun der Gesetzgeber diese Leistungen mit etwas höheren Direktzahlungen und die KäuferInnen von Bioprodukten mit etwas höheren Preisen honorieren, ist dies nichts als billig. Eine höhere Qualität oder ein höherer innerer Nutzen wird auch bei Industriegütern oder Dienstleistungen besser bezahlt. Die Schweizer Bauern können weder

auf dem EU- noch auf dem Weltmarkt preislich mithalten, auch wenn dies in AP 2007 und Horizont 2010 noch postuliert wird. Die Käsehändler hätten diesen Beweis längst antreten können. Somit ist es logisch zu versuchen, die Wertschöpfung im Inland zu verbessern. Das tun die Biobauern. Es verlangt schliesslich auch niemand, einen Porsche zum Preis eines VW kaufen zu können.